



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Innen- und Rechtsausschusses**

#### **a) NDR-Staatsvertrag weiterentwickeln**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1761

#### **NDR transparenter, partizipativer und bürgerfreundlicher gestalten**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/1834

#### **b) Versprechen einlösen - Mehreinnahmen an die Beitragszahler zurückgeben**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1850

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 15. Mai 2014 überwiesenen Vorlagen in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 28. September 2016 ab.

#### **Zu a):**

Im Rahmen der Ausschussberatungen wurden von der Fraktion der CDU zwei Änderungsanträge vorgelegt. Diese fanden jedoch keinen Eingang in die Schlussabstimmung, da der eine Änderungsantrag vor dem Hintergrund eines von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW vorgelegten weiteren Änderungsantrags zurückgezogen wurde und der Ausschuss übereinkam, sich mit dem zweiten Änderungsantrag der Fraktion der CDU gesondert zu befassen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN, den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, NDR transparenter, partizipativer und bürgerfreundlicher gestalten, Drucksache 18/1834, abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimme der FDP empfiehlt er dem Landtag weiter, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, NDR-Staatsvertrag weiterentwickeln, Drucksache 18/1761, in der folgenden geänderten Fassung anzunehmen:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der nächsten Novellierung des NDR-Staatsvertrages für folgende Punkte einzusetzen:

1. eine feste Regelung zur Informationsfreiheit im NDR nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes, unter Berücksichtigung der dann aktuellen Gesetze der NDR-Länder und Ausschluss journalistisch - redaktioneller Informationen,
2. eine verbindliche Regelung zur Öffentlichkeit der Sitzungen des NDR-Rundfunkrates, die der Steigerung der Transparenz beim NDR und seinen Gremien dient,
3. die Aufnahme einer Bestimmung, die eine angemessene Berücksichtigung von Fernseh- und Radiobeiträgen in den Sprachen der in Artikel 6 der Landesverfassung anerkannten Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein, interkultureller Programmangebote sowie Beiträge in niederdeutscher Sprache verankert,
4. im Rahmen der Überprüfung der Zusammensetzung des NDR-Rundfunkrates einen Sitz für die autochthonen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und der Sprechergruppe des Niederdeutschen im Rundfunkrat des NDR,
5. die konsequente Weiterentwicklung des Angebotes für hör- und sehbeeinträchtigte Menschen (Untertitelung und Audiodeskription) sowie Angebote in leichter Sprache.

**Zu b):**

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der Stimmen der CDU, den Antrag der Fraktion der FDP, Versprechen einlösen - Mehreinnahmen an die Beitragszahler zurückgeben, Drucksache 18/1850, abzulehnen.

Barbara Ostmeier  
Vorsitzende